



Die „Save Me“-Kampagne Nürnberg – Fürth – Erlangen

Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht. Einen sicheren Staat, der eine neue Lebensperspektive bietet, können die wenigsten Flüchtlinge erreichen. Von jenen die es geschafft haben, wollen viele langfristig zurück ins Herkunftsland, doch eine Rückkehr ist oft auf unabsehbare Zeit unmöglich. Ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen viele Flüchtlinge jahrelang in eigentlich provisorischen Lagern fest. Deutschland nimmt aufgrund internationaler und nationaler Beschlüsse („Asylkompromiss“ von 1993 sowie das Prinzip der „sicheren Drittstaaten“) kaum Flüchtlinge auf. Bei dem weltweiten vom UNHCR unterstützten Resettlement-Programm (Resettlement zu deutsch in etwa „Neuansiedlung“) ist Deutschland, neben anderen europäischen Staaten nicht vertreten.

Die Idee zu save-me wurde in München geboren, eine aktive Gruppe aus den Münchner Kammerspielen und dem bayerischen Flüchtlingsrat startete diese Initiative zur Einführung einer Resettlement-Praxis in Deutschland. Das Ziel: Deutschland sollte sich am internationalen Flüchtlingsschutz verantwortungsvoll und konsequent beteiligen und Flüchtlinge regelmäßig aufnehmen. Pro Asyl und Amnesty International beteiligen sich an dieser mittlerweile bundesweiten Kampagne. Viele Städte in Deutschland haben mit einem positiven Ratsbeschluss bereits Ja zu save-me gesagt – Ja zum Flüchtlingsschutz und Ja zur Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch im Städtedreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen besteht eine Gruppe aus engagierten Studenten/-innen, Mitgliedern der Freien Flüchtlingsstadt Nürnberg und des Bündnisses Aktiv für Menschenrechte, die die „Save Me“-Kampagne vor Ort voranbringen will. Für das Städtedreieck wurde eine symbolische Zahl von 700 Flüchtlingen festgelegt, die jährlich aufgenommen werden sollen. Wir streben Beschlüsse in den Stadtratsgremien in Nürnberg, Fürth und Erlangen an, positive Signale gibt es schon!

Auch Du/Sie können save-me durch eine Patenschaft unterstützen! Diese Unterstützung ist vorerst symbolisch. Patinnen und Paten machen durch ihre Willensbekundung deutlich, dass Flüchtlingsschutz uns alle betrifft und ein Umdenken in der Flüchtlingspolitik nötig ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie/Euch auch auf den neuen Alternativen Menschenrechtsbericht Nürnberg 2009 hinweisen, ein Bericht über das Schicksal von Flüchtlingen in Nürnberg und Umgebung sowie interessanten Informationen rund um die bayerische Flüchtlingspolitik.

Weitere Informationen bei
www.save-me-nuernberg-fuerth-erlangen.de,
www.alternativer-menschenrechtsbericht.de und natürlich bei mir!
 ✉ elke.leo@stadt.nuernberg.de



Liebe Leserinnen und Leser,

mal wieder ein ganz normaler Winter und keine Katastrophenzeit, wie es uns die Boulevardpresse alle Nase lang weismachen will. Dass bei diesem Wetter die Räumdienste besonders gefordert sind, ist keine Frage. Besonders wichtig ist dies für Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind, so dass sie weiter mobil bleiben können. Auch Fahrradfahren muss im Winter möglich sein und darf nicht mit dem laschen Argument „im Winter braucht's des net“ abgetan werden. Wir sind zu diesem Thema aktiv geworden – Christine Seer berichtet.



Der erhöhte Bedarf an Salz und Splitt reißt in den kommunalen Haushalten weitere tiefe Löcher in die Kassen. Die schon jetzt gebeutelten Kommunen kämpfen mittlerweile an vielen Fronten gleichzeitig: hohe Ausgaben sind wegen der Auflösung der ARGEN und durch die vermehrte Arbeitslosigkeit zu stemmen, weniger Einnahmen müssen aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung sowie des Einbruchs der Gewerbesteuer-einnahmen kompensiert werden. Nürnberg hat mit dem Ende von Quelle zusätzliche Probleme und ist auf die Unterstützung der Landesregierung angewiesen. Menschen, die ihre Arbeit verloren haben brauchen Unterstützung – nicht nur High-Tech-Firmen, wie überwiegend im Strukturprogramm der Landesregierung vorgesehen. Die Kommunen kommen noch weiter in Bedrängnis, wenn die Staatsregierung die Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches durchsetzt, also jene Gelder, die das Land an die Kommunen um- und verteilt. Das Subsidiaritätsprinzip darf nicht bedeuten, dass nur die Aufgaben an die unterste Ebene delegiert werden, sondern auch deren Finanzierung!

Ihre Brigitte Wellhöfer



Sichere Radwege auch bei Laub und Schnee!

Der Nürnberger Stadtrat hat vor kurzem einstimmig die Radverkehrsstrategie „Nürnberg steigt auf“ beschlossen. Die Stadt Nürnberg setzt sich darin zum Ziel, den Radverkehrsanteil auf Nürnbergs Straßen auf 20 Prozent bis zum Jahr 2015 zu erhöhen. Dabei muss vor allem das Radfahren im Alltag gefördert werden. Deswegen ist ein Punkt der Radverkehrsstrategie, dass Radwege in einem guten baulichen Zustand sein müssen und das ganze Jahr sicher benutzt werden können.

Von sicheren Radwegen konnte in den vergangenen Wochen und Monaten nicht die Rede sein. Im Herbst blieb das Laub lange auf Radwegen liegen. Dies führte bei Regen zu gefährlichen Rutsch-



Foto: Brigitte Wellhöfer

pisten. Während der Schneefälle der vergangenen Wochen wurden die meisten Radwege entweder gar nicht oder erst viel zu spät geräumt und gestreut. Radstreifen entlang von Hauptverkehrsstraßen wurden von Räumfahrzeugen gar mit Schnee zugeschüttet. Wenn der Winter vorbei ist, wird der Splitt – wie all die Jahre – wochenlang auf Radwegen liegen bleiben und die RadfahrerInnen ins Rutschen bringen. Um

dieses Ärgernis endlich abzuschaffen, haben wir beantragt, dass Radwege zeitnah gereinigt und gestreut werden müssen.

✚ christine.seer@stadt.nuernberg.de

Aufruf zur Kandidatur: Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung

Am 21. März 2010 wird der neue Nürnberger Integrationsrat gewählt. Der Integrationsrat ist das Bindeglied zwischen Stadt und Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund. Nach der Satzung ist die Aufgabe des Integrationsrates, die Interessen aller Nürnberger Zuwanderer (also der Ausländer, der Aussiedler und der Eingebürgerten) zu vertreten. Insbesondere wirkt der Integrationsrat mit, die Lebensverhältnisse der Zuwanderer zu verbessern und das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu fördern. Der Integrationsrat berät deshalb den Stadtrat und die Stadtverwaltung in allen Angelegenheiten, die Zuwanderer in Nürnberg betreffen und die von der Kommune beeinflusst werden können.

Darüber hinaus kann der Integrationsrat auch eigenständige Veranstaltungen und öffentliche Aktivitäten durchführen sowie Presseerklärungen abgeben. Die seit mehreren Jahrzehnten bestehenden Nürnberger Gremien Ausländerbeirat und Aussiedlerbeirat werden nicht weiter fortbestehen.

Die kommunale Integrationspolitik soll sich nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit orientieren, sondern an der Lebenslage der Menschen. Daher sollen alle Menschen mit Zuwanderungshintergrund, die auf längere Zeit ihren Lebensmittelpunkt hier haben – ob mit oder ohne deutschen Pass – einbezogen werden.

Mehr Informationen unter:

Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt
Peter-Vischer-Str. 17, 90403 Nürnberg
Tel. 0911/231-3185
www.integrationsrat.nuernberg.de
E-Mail: friedrich.popp@stadt.nuernberg.de

Quelle: Auszüge aus dem Flyer „Integrationsrat - Wahlinfo 2, Dezember 2009“



Nordanbindung: Klare politische Konsequenzen ziehen!

Im Rahmen der erneuten Auslegung der Planunterlagen haben fast 5.000 BürgerInnen Einwendungen gegen einen dritten Autobahnanschluss des Flughafens (sogenannte Nordanbindung) erhoben.

Die Planunterlagen beinhalten nach wie vor gravierende Mängel und falsche Annahmen. Dies betrifft die hydrogeologischen Verhältnisse, die Auswirkungen des Tunnelbaus auf Natur und umliegende Stadtteile, aber auch die Sicherheit im Tunnel. Hinzu kommt, dass die Planung auf der Basis längst überholter Prognosen beim Flug- und Straßenverkehr erstellt wurde.

Die grüne Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem sie ein neues Verkehrsgutachten und bis dahin eine Aussetzung des Planfeststellungsverfahrens fordert. Auf Antrag der grünen Stadtratsfraktion wurde die Nordanbindung am 3. Februar 2010 im Stadtrat behandelt.

Mittlerweile hat sich auch die SPD kritisch gegenüber der Nordspange geäußert und in der Stadtratssitzung einen Antrag eingebracht, der ein dreijähriges Moratorium vorsieht. Wir begrüßen diesen Prozess und sind dem Antrag in weiten Teilen gefolgt.

Nicht zugestimmt haben wir dem Ziel der SPD, das Planfeststellungsverfahren mit einem Beschluss abzuschließen. Denn ein solcher Beschluss bedeutet Baurecht und der Bund als Bauherr darf jederzeit mit dem Bau beginnen. Der Baubeginn kann dann nur mehr im Wege des Klageverfahrens gerichtlich aufgeschoben werden. Es ist damit zu rechnen, dass CSU und FDP die Nordanbindung weiter forcieren. Damit droht uns in Nürnberg eine zweite B2a:

Termine

Wenn nicht anders angegeben finden alle Sitzungen im Rathaus, Fünferplatz 2, Großer Sitzungssaal, statt.

Di, 23.02. 15:30 Bau- und Vergabeausschuss, Amtsgebäude Bauhof 9, Aula/EG

Do, 25.02. 09:00 Verkehrsausschuss
15:00 Werkausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Nürnberg
15:30 Umweltausschuss (im Anschluss an den Werkausschuss)

Fr, 26.02. 09:00 Schulausschuss

Vorschau März

Do, 04.03. 15:00 Stadtplanungsausschuss

Fr, 05.03. 09:00 Kulturausschuss

Di, 09.03. 15:00 Personal- und Organisationsausschuss

Mi, 10.03. 14:00 Ältestenrat
15:00 Stadtrat

Obwohl der Nürnberger Stadtrat mit großer Mehrheit gegen diese Bundesstraße mitten durch das Rednitztal war, hat es 20 Jahre gedauert, bis endlich die damalige rot-grüne Bundesregierung das Projekt wegen Naturunverträglichkeit aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen hat.

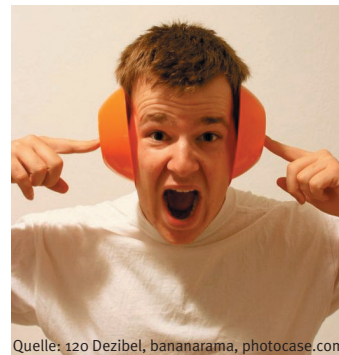
❖ christine.seer@stadt.nuernberg.de



Lärmschutz Gostenhof

Die Bahn-Gesellschaft DB Regio will auf dem früheren Containerbahnhof an der Austraße in Gostenhof eine Triebwagen-Werkstatt bauen. Künftig ist zur Nachtzeit eine höhere Lärmbelastung zu erwarten als bisher durch den Containerbahnhof. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens haben AnwohnerInnen,

das städtische Umweltamt und das Landesamt für Umwelt aktive Lärmschutzmaßnahmen gefordert, die über die von der Bahn beabsichtigten Lärmschutzfenster hinausgehen. Dies wurde seitens des Eisenbahn-Bundesamts abgelehnt. Wir unterstützen die Forderung der AnwohnerInnen auf bestmögliche Lärmschutzmaßnahmen und haben das Thema in den Stadtrat eingebracht.



Quelle: 120 Dezibel, bananarama, photocase.com

Impressum

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Rathausplatz 2, 90317 Nürnberg, Tel.: 0911/231-5091, Fax: -2930
email: gruene@stadt.nuernberg.de
Internet: www.gruene.rathaus.nuernberg.de
V.i.S.d.P.: Tessa Kazmeier, Fraktionsgeschäftsführerin
Herstellung: Pantona GmbH, Nürnberg